

Berlin, 5. November 2007

**Antrag des Bundesvorstandes der  
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU  
zum 21. CDU-Bundesparteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover**

Nr. 5

**Energiemix - nicht ohne Kernenergie  
Energieeffizienz geht vor!  
Erneuerbare Energien nicht mit gesetzlichem Zwang**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

1. Die CDU tritt für einen ausgewogenen und nachhaltigen **Energiemix** ein. Jede Form der Energiegewinnung ist separat auf ihre Stärken und Schwächen hin zu analysieren. Alle Energieträger sind vorurteilsfrei auf ihre Chancen und Risiken zu überprüfen. Keine Energieart darf aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden – auch nicht die Kernenergie.
2. Die CDU fordert, dass **Energieeffizienz** und Ressourcenschonung an erster Stelle einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik stehen. Mit heute bereits vorhandenen Technologien kann der Energieverbrauch gewaltig zurückgefahren werden, ohne dass wir Abstriche an unserem Komfort vornehmen müssten. Die CDU fordert steuerfinanzierte Förderprogramme als Anschubfinanzierung. Die Förderung muss degressiv sein und klare Verfallsdaten haben.
3. Die CDU tritt für den verstärkten Einsatz von **erneuerbaren Energien** ein. Ihr Einsatz muss jedoch technologieoffen und wirtschaftlich sinnvoll sein. Einen gesetzlichen Zwang zur Nutzung erneuerbare Energien lehnt die CDU ab.

**Begründung:**

zu 1:

Von allen Energieexperten wird immer wieder ein **breiter Energiemix** gefordert. Hierfür tritt auch die CDU ein. Nach unserer Auffassung muss jede Energieart daraufhin überprüft werden, ob sie an dem Ort, wo sie gebraucht wird, sinnvoll, umweltschonend und wirtschaftlich ist.

Keine Energieart darf verteufelt werden. Das gilt in besonderem Maße für die Kernenergie. Die CDU hält es für einen schweren Fehler, aus der Kernenergie auszusteigen. Wer aus der Kernenergie aussteigt, steigt auch aus der kerntechnischen

Forschung aus. Ein solcher Ausstieg würde für die Bundesrepublik Deutschland einen nicht wieder gutzumachenden Schaden bedeuten.

Zu 2:

Die **Energieeffizienz** ist die größte Energiequelle, die wir in Europa haben. Hier liegen die meisten Potentiale brach. Durch energetische Gebäudesanierung könnten wir bis zu 40% Energie einsparen. Der beste Umweltschutz wird immer noch dann betrieben, wenn die Energie erst gar nicht verbraucht wird.

Beim Verbraucher und auch beim gewerblichen Mittelstand ist zur Zeit eine große Zurückhaltung festzustellen, was Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen angeht. Hierfür gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund. Um eine große Energieeffizienzlawine loszutreten, bedarf es einer **Anschubfinanzierung**. Eine solche Anschubfinanzierung wäre zugleich ein Konjunkturprogramm für den Mittelstand, insbesondere die Bauwirtschaft und das Heizungsbauhandwerk. Steuerfinanzierte Förderprogramme würden sich von selbst finanzieren. Dies sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft auch neue.

Zu 3:

Der **Einsatz erneuerbarer Energien** hat viele Vorteile. Zum einen wird dadurch die Importabhängigkeit gemindert; zum anderen werden die Ressourcen der endlichen Energien geschont. Wir werden allerdings sehr genau überlegen müssen, wo wir die erneuerbaren Energien sinnvoll einsetzen. Mit Sicherheit können wir sie nicht für alle Bereiche gleichzeitig einsetzen – sowohl im Verkehrsbereich als auch im Wärmebereich als auch im Strombereich.

Einen gesetzlichen Zwang des Verbrauchers zum Einsatz erneuerbarer Energien lehnt die CDU ab. Die Politik soll die Ziele für die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs vorgeben, nicht aber die Art und Weise, wie diese Ziele zu erreichen sind. Dies muss den Verbrauchern selbst überlassen bleiben. Die erneuerbaren Energien würden ihr gutes Image dann verlieren, wenn die Menschen zum Einsatz erneuerbarer Energien in nicht wirtschaftlicher Form gezwungen würden.

Darum setzt die CDU auch in erster Linie auf Energieeffizienz. Nur die Energie, die gar nicht verbraucht wird, entlastet die Umwelt.